

An
Oberbürgermeister
Herrn Weichel
– im Hause –

**Fraktion im Stadtrat
Kaiserslautern**

Rathaus Kaiserslautern
Zimmer 201

Willi-Brandt-Platz 1
67655 Kaiserslautern
Tel.: +49 (631) 68500
Tel.: +49 (631) 365-2403
ratsfraktion@gruene.de

Kaiserslautern, 16.04.2020

Betreff: Resolution zur Klinikfinanzierung in der Coronakrise

Sehr geehrter Herr Dr. Weichel,

die Fraktion DIE GRÜNEN bittet Sie um die Aufnahme des folgenden Antrags auf die Tagesordnung der nächsten Interimsausschusssitzung:

Beschlussvorschlag:

Der Interimsausschuss stimmt der Verabschiedung der folgenden Resolution an die Landesregierung zu.

Resolutionstext:

Unsere Kliniken brauchen Hilfe

Die Coronakrise stellt die Kliniken in Rheinland-Pfalz vor ungeahnte Schwierigkeiten. Viele sehen sich mit der Insolvenz konfrontiert und fordern nun laut Hilfe von der Politik. In Kaiserslautern sehen wir die Problematik in unserem Klinikum in kommunaler Trägerschaft sehr deutlich. Die Auslastung mit Patienten wurde um fast 50% heruntergefahren, um genügen Kapazität für kommende COVID-19-Patienten zu haben. Alleine durch abgesagte Operationen verliert das Westpfalz-Klinikum einen Millionenbetrag pro Woche.

Gleichzeitig steigen die Mehrkosten ins Untragbare. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen und Abstriche für das Personal sind in einer solchen Situation unverzichtbar und gleichzeitig steigen die Kosten für Schutzausrüstung stetig.

Das Westpfalz-Klinikum ist mit fast 4.000 Mitarbeitern und 160.000 Patienten im Jahr zweifelsohne einer der wichtigsten Maximalversorger in unserem Bundesland. Durch die vier Standorte Kaiserslautern, Kirchheimboldanden, Rockenhausen und Kusel sorgt diese Klinik

für eine zuverlässige und gute Versorgung auch in die Fläche. In Zeiten von Corona steht vorbildlich das Patientenwohl und die Sicherheit des Personals an erster Stelle. Aber dieses Verfahren muss einer Klinik auch ermöglicht werden.

Deshalb fordern wir als Stadtrat Kaiserslautern die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass in allen rheinland-pfälzischen Kliniken für das Jahr 2020 das Selbstkostendeckungsprinzip angewandt wird.

Unsere Kliniken sind ebenso wie Polizei und Feuerwehr ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und dürfen dieser Krise nicht zum Opfer fallen.

Die Hilfen des Bundes, die das Krankenhausentlastungsgesetz vorsieht, reichen nicht aus. Hier muss nachgebessert werden!

Wir fordern die Landesregierung außerdem dazu auf, bei Kosten, die über das Krankenhausentlastungsgesetz hinaus gehen, den Kliniken aus eigenen Mitteln zusätzliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Keine Klinik darf wegen Corona Insolvenz anmelden müssen!

Begründung der Dringlichkeit

Das Westpfalzkllinikum hatte schon vor der Coronakrise immer wieder finanzielle Schwierigkeiten. Zuletzt wurde ein Masterplan zur finanziellen Konsolidierung des Betriebs verabschiedet und seither konsequent an der Umsetzung und Optimierung gearbeitet. Erste sichtbare Erfolge wurden bereits gemeldet. Doch die aktuelle Lage stellt eine absolute Sondersituation dar, in der das Krankenhaus jetzt in erster Linie der Sicherheit von Patient*innen und Personal verpflichtet ist. In einer solchen Situation ist an eine finanzielle Konsolidierung nicht zu denken. Im Gegenteil, durch Maßnahmen, die getroffen werden müssen, steht das Klinikum nun erneut vor Liquiditätsproblemen.

Diese konnten durch eine Kreditaufnahme zwar vorläufig überbrückt werden, da die in Aussicht gestellte Hilfe von Land und Bund allerdings in vielen Fällen nicht kostendeckend sein wird, ist das Liquiditätsproblem nur aufgeschoben. Keiner weiß genau, wie lange das Geld reichen wird.

Es ist aus unserer Sicht dringend geboten, schnellstmöglich eine Resolution zu verabschieden und unserem Klinikum den Rücken zu stärken, damit die Hilfen bedarfsgerecht angepasst werden können.

Mit freundlichen Grüßen



Lea Siegfried